

**NICHT NUR POLIZEISTRUKTURREFORM IST THEMA****Was uns bewegt ...**

Wer sich heute in der Polizeilandschaft bewegt, könnte meinen, dass es zurzeit innerhalb der Polizei nur ein Thema gibt – die Polizeistrukturreform. Doch dem ist bei Weitem nicht so.

Zweifelsfrei ist die Strukturreform **DAS** Thema, weil viele noch nicht so richtig erkennen können, in welche Richtung sich die Reform entwickelt und was zum Schluss tatsächlich herauskommt. Da ist die Angst vor der eigenen Zukunft, vor der Lebensplanung, die teilweise völlig auf den Kopf gestellt wird, vor der zukünftigen Tätigkeit und vor der zukünftigen Arbeits- bzw. Dienststelle.

Dies wirft natürlich Fragen auf, die zurzeit noch niemand richtig beantworten kann. Wir als Gewerkschaft der Polizei (GdP) greifen diese Fragen auf, versuchen Ängste zu nehmen und sorgen für Antworten, dort wo es schon möglich ist und wo es Sinn macht.

Trotz allem bewegen uns auch andere Themen

Offensichtlich befindet sich die Polizei des Landes in einer **finanziellen Schiefelage**. Die Schuld liegt angeblich wieder mal bei den Kolleginnen und Kollegen, die rücksichtslos und viel zu viel fahren, Unfälle bauen und sich kaum um betriebswirtschaftliche Vorgaben kümmern. Dies sorgt bei den Medienkonsumenten natürlich für ein Schmunzeln, rückt die Kolleginnen und Kollegen in ein schlechtes Licht und geht wieder mal am wirklichen Leben vorbei. Denn das Finanzproblem bei der Polizei gibt es (mit einigen Ausnahmen) schon jahrelang, doch bisher hat es immer irgendwie geklappt. Bisher konnten finanzielle Engpässe immer wieder ausgeglichen werden. Die Erfahrung zeigt, dass polizeiliche Arbeit eben nicht bis ins letzte Detail plan- und berechenbar ist. Ein unvorhergesehener Großeinsatz, ein aufwendiges Ermittlungsverfahren oder ein paar Schäden zu viel und schon kippt der Haushalt. Sicherlich sind viele Faktoren beeinflussbar, aber ob Fußstreifen und Kilometerbegrenzungen

in einer Flächendienststelle wirklich Sinn machen, wage nicht nur ich zu bezweifeln. Sicher ist es leicht zu kritisieren, aber angeordnete Funkstille in der Nacht und das Abstempeln der Kolleginnen und Kollegen zeugt wirklich nicht von großem Einfallsreichtum.

Fakt ist, dass selbst die politischen Verantwortlichen festgestellt haben, dass diese, unsere Polizei strukturell unterfinanziert ist und dass jetzt wohl ein Punkt erreicht ist, an dem man sagt: Schluss!

Schluss mit ständig weiteren Kürzungen, Schluss mit unsinnigen Vorgaben aber auch Schluss mit nicht nachvollziehbaren Haushaltsführungen einzelner Dienststellen.

Wann und wie kommt der Einstieg in die Zweigeteilte Laufbahn?

Diese Frage brennt ebenso unter den Nägeln der Kolleginnen und Kollegen wie die Strukturreform und Finanzprobleme. Hartnäckig halten sich Gerüchte – hauptsächlich von denen, die schon immer gegen die Zweigeteilte Laufbahn waren – dass dieser Einstieg nie kommen wird. Wir, die Gewerkschaft der Polizei (GdP), haben uns das Thema Zweigeteilte Laufbahn und den Einstieg in dieses Programm auf die Fahne geschrieben und ständig auf der Tagesordnung. Kein politisches Gespräch, kein Schreiben, kein Telefonat, in dem nicht darauf hingewiesen wird. Zurzeit wird allenthalben gerechnet und berechnet, Szenarien durchgespielt und Machbarkeitsstudien erarbeitet. Trotzdem scheint es immer noch „Gegner“ der Zweigeteilten Laufbahn zu geben, die es nicht eilig haben mit dem Rechnen und Planen. Gerade deshalb wird von uns jede Möglichkeit genutzt, dieses Thema anzusprechen. Der Doppelhaushalt 2013/14 wird zeigen, ob die Regierung ihren Koalitionsvertrag ernst nimmt. Bisher hatte die Landesregierung ja lediglich einen Nachtragshaushalt erstellt, von dem man sich wohl keine Weichenstellungen erwarten konnte.

So wie wir aus tiefster Überzeugung für die Zweigeteilte Laufbahn stehen, so wie wir Hilfsmodelle um nicht zu sagen Krücken, die dann doch nicht umgesetzt



**Rüdiger Seidenspinner,
GdP-Landesvorsitzender**

wurden, immer wieder abgelehnt haben, so fest werden wir um den Einstieg in eine echte Zweigeteilte Laufbahn ringen. Wir wollen keinen Austausch von Dienstgradabzeichen, nein wir wollen eine gerechte Bewertung und Bezahlung und dazu brauchen wir ein Programm mit Perspektive und Verlässlichkeit. Das Gleiche gilt auch für den Tarifbereich und die/den **Polizeifachangestellte/n**.

Auch hier gibt es immer wieder Verlautbarungen, dass dies nicht ganz oben auf der Agenda stehen würde bzw. erst in der nächsten Legislaturperiode in Angriff genommen werden soll. Ob es jetzt an Platz 3 oder 7 in der Hitliste steht, ist aber völlig unerheblich. Wichtig ist, dass es nicht in Vergessenheit gerät bzw. nicht totgeredet wird. Diese Totprediger, die wie fahrendes Volk bei uns im Land unterwegs sind, haben keine Ahnung, wie schwer es ist, mit den mickrigen Löhnen im Tarifbereich einen Monat über die Runde zu kommen. Sie wissen nicht, wie es ist, in einer Vergütungsgruppe eingestellt zu werden und genau zu wissen, die Chancen nach „Beförderungen“ gehen gegen null. Deshalb steht diese Forderung der Gewerkschaft der Polizei eben-

Fortsetzung auf Seite 2



NICHT NUR POLIZEISTRUKTURREFORM IST THEMA

Fortsetzung von Seite 1

falls auf unserer Liste – und zwar ganz oben. Gerechtigkeit sieht nämlich anders aus!

Eine weitere Baustelle ist die **Arbeitszeit**.

Es muss schon ein Jahrhundertwerk geben, was da demnächst aus dem LPP auf uns zukommt, denn man sagt ja bekanntlich: Was lange währt, wird endlich gut. Doch irgendwie traue ich diesem Sprichwort, bezogen auf die Arbeitszeit der Polizei, nicht so richtig. Ich habe vielmehr das Gefühl, als weiß man nicht so richtig, wie man mit den rechtlichen Vorgaben und unseren Forderungen umgehen soll. Unsere Vorschläge zur Reduzierung der Wochenarbeitszeit und zu den Zeitzuschlägen liegen auf dem Tisch. Das kostet zugegebenermaßen Geld, wirft aber wieder die Frage auf: Was ist die Gesundheit eines Menschen eigentlich Wert? Kann Gesundheit überhaupt ge-

oder verkauft werden? Mit welchem Faktor wird Gesundheit im Alter und Beeinträchtigung der Lebensqualität, aber auch Attraktivität und Fürsorge denn eigentlich berechnet? Vielleicht wird es langsam Zeit (nach über 19 Jahren), dieses Thema endlich von dieser Seite anzugehen. Eine Anpassung der Rechtslage an die Haushaltslage spart zwar kurzfristig Geld, wird sich aber aufgrund der Langzeitwirkung nicht rechnen und bedeutet den Abschied von der Fürsorgepflicht.

Zum Schluss noch ein Thema, welches vermeintlich nur einige von uns trifft, nämlich die Personalräte. Das neue **Landespersonalvertretungsgesetz**. Auch hier hat die Landesregierung zugesagt, ein besseres, zukunftsweisendes Landespersonalvertretungsgesetz für Baden-Württemberg zu schaffen.

Doch zunächst möchte ich mit dem Irrglauben aufräumen, dieses Gesetz treffe nur auf einige von uns zu, denn das Landespersonalvertretungsgesetz regelt die Mitsprache aller Beschäftigten bei der

Gestaltung ihrer eigenen Zukunft. Die gewählten Personalvertreter sind dann allerdings beauftragt, die Interessen der Beschäftigten zu vertreten und die Einhaltung dieser Gesetze zu überwachen – auch wenn man bei manchen nicht immer so den Eindruck hat. Betroffen sind also alle.

Zurzeit ist der erste Entwurf in der Abstimmungsphase. Entwurf und Ausgestaltung haben Fahrt aufgenommen. Bis zur Fertigstellung werden jedoch noch einige Monate ins Land gehen, denn so ein Gesetz bastelt man nun nicht mal so eben. Aber auch daran werden wir die Landesregierung messen, wie ernst sie es mit einer breiten Beteiligung meint.

Es gäbe noch eine Menge zu berichten, was sich auf der „Großbaustelle Baden-Württemberg“ noch oder noch nicht bewegt, was noch in Planung ist und was bereits wieder verworfen wurde.

Ich wollte lediglich euren Blick darauf richten, was uns neben dem Überthema „Polizeistruktur“ sonst noch alles beschäftigt. **Euer Rüdiger Seidenspinner**

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
GdPmobile: (0 15 25) 4 11 10 58
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

AUS DER REDAKTION

Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, oder in der GdP digit@l veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden.

In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der **GdP-Mobile-Nr.** 0 15 25/4 11 10 58.

Der Redaktionsschluss für die **Juli-Ausgabe 2012** des Landesjournals Baden-Württemberg ist **Freitag, der 8. Juni 2012**, und für die **August-Ausgabe 2012** **Freitag, der 6. Juli 2012**.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos, diese bitte separat zusenden. **WKi**



Wolfgang Kircher



Thomas Mohr



POLIZEISTRUKTURREFORM**Polizeipräsidien**

Die GdP fordert einen Individuellen, an den Aufgabenschwerpunkten sowie den geografischen und strukturellen Besonderheiten ausgerichteten Zuschnitt.

Dabei gilt es Aufgaben zu hinterfragen und klar zu definieren, Mindeststandards und Mindeststärken festzulegen und Anforderungsprofile zu erstellen. Eine durchgängige Stellenbewertung kann Stellenklarheit schaffen.

Um die polizeispezifisch strategische Ausrichtung und Führung auch zukünftig zu garantieren ist die Funktion des/der Polizeipräsidenten/-in zwingend mit einer/m Polizeivollzugsbeamten zu besetzen.

Die Stellvertretung ist offensichtlich geregelt, allerdings erschließt sich uns

Datenerfassen und -speichern liegen. Mit den Zielen Arbeitsentlastung und Stelleneinsparung sind insbesondere „Datenfriedhöfe“ zu prüfen, die keinerlei oder nur wenig Steuerungsrelevanz haben. Der Mensch muss wieder im Mittelpunkt stehen und nicht Kennzahlen bzw. „rote, gelbe oder grüne Ampeln“.

Der Führungs- und Einsatzstab ist personell so schlank wie möglich aber technisch und personell so auszustatten, dass er das Gros der Arbeit der bisherigen Stäbe auf Direktions- und LPD-Ebene auffangen kann.

Eine Verdrängung nach unten sowie teilweise deutlich überdimensionierte Führungsstäbe wie bisher darf es nicht geben.

Die Führungs- und Einsatzstäbe müssen Servicedienststellen für die zukünftigen

Bei der Zentralisierung von Aufgaben und Dienststellen, wie Kriminalpolizei, Verkehrsdienst, Hundeführer, Verwaltung etc., ist besonderes Augenmerk auf den Unterstützungsbedarf der Basisdienststellen zu legen. Wenn zukünftig mehr Zeit für die Anfahrt als für die Dienstleistung benötigt wird, läuft die gewünschte Verstärkung der Basis ins Leere.

Die jeweiligen Interventionszeiten müssen sich an den bereits gültigen Vorgaben orientieren.

Direktionen

Die einzelnen Direktionen eines Präsidiums sind aufgaben-, lage- und sachorientiert innerhalb des neuen Präsidiums zu installieren. Häufung bzw. Zentralisierung ist grundsätzlich zu vermeiden. Eine dislozierte Aufstellung unterstützt die Forderung nach einer sozialverträglichen Umsetzung.

Für die Führungsgruppen der Direktionen gelten grundsätzlich die gleichen Vorgaben wie für den Führungs- und Einsatzstab der Präsidien, jedoch müssen sie sich noch mehr als Servicedienststelle für die ihnen nachgeordneten Bereiche verstehen. Die Operativen Einheiten sind grundsätzlich von administrativen Tätigkeiten zu entlasten.

Polizeireviere

Die Zahl der nachgeordneten Polizeireviere sollte zehn nicht unter- und 15 grundsätzlich nicht überschreiten. Die Lage der Reviere und Polizeiposten sowie der dreigliedrige Aufbau in Streifen- und Bezirksdienst und Polizeiposten haben sich in der Vergangenheit bewährt und sollten zunächst nicht angetastet, allerdings zeitnah personell verstärkt werden.

Zur kurzfristigen Entlastung können Stellen im Überhang beitragen, die im Zuge der natürlichen Fluktuation wieder ausgeglichen werden.

Zur Führungsunterstützung und für administrative Tätigkeiten vor Ort, wie z. B. Postein- und -ausgang, Aktenhaltung und -verwaltung, Vorgangsverwaltung, Stundenberechnung, Urlaubs- und Einsatzabrechnungen, Versicherungsanfragen aber auch Einsatzvorbereitungen

Fortsetzung auf Seite 4



Schlüsselübergabe: Wo wird künftig Dienst gemacht?

nicht, warum der Leiter der Verkehrspolizeidirektion nicht zugleich Polizeivizepräsident sein kann. Dem Polizeipräsidenten ist in einer starken Rechtsabteilung ein Jurist sowie eine sach- und fachgerechte Verwaltung zur Seite zu stellen. Dabei ist eine dislozierte, aufgabenorientierte Verwaltung zu prüfen.

Auf Ebene der Personalvertretung, Schwerbehindertenvertretung und BfC ist zukünftig auch der/die Beauftragte für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften anzubinden.

Ein Hauptaugenmerk der Aufgabenkritik muss auf unsinnigem Meldewesen,

gen Direktionen und der ihnen nachgeordneten Dienststellen sein. Bei der personellen Ausstattung muss die Qualifizierung und Beschäftigung von Tarifpersonal im Vordergrund stehen. Der Polizeivollzugsdienst ist von vollzugsinadäquaten Tätigkeiten zu befreien.

Im Zuge der Zentralisierung geht erfahrungsgemäß Orts- und Personenkenntnis verloren. Dies kann sich insbesondere bei den neu zu schaffenden Notrufzentralen negativ auswirken. Dieser Verlust kann zumindest teilweise durch entsprechende Sachausstattung aufgefangen werden.



Kastanienfest in Göppingen

Bereits jetzt schon vormerken!

Das Kastanienfest in der Bereitschaftspolizei in Göppingen findet am Dienstag, dem 3. Juli 2012, Beginn 17.00 Uhr, statt. Es ist wieder ein umfangreiches und interessantes Programm in Vorbereitung. Wie jedes Jahr wird auch wieder für das leibliche Wohl gesorgt.

Alle interessierten Kolleginnen und Kollegen sind herzlich eingeladen.

MITTEILUNGEN

Die GdP gratuliert herzlich

Zur Beförderung zum/zur:

Polizeihauptkommissar A 12

Karlsruhe PP: Axel Schweitzer.

Polizeihauptkommissar A 11

Freiburg PD: Dirk Albrecht, Rottweil: Jürgen Bächle, Zollernalbkreis: Andreas Herbst.

Polizeioberkommissar/-in

Freiburg PD: Jens Grau. Karlsruhe PP: Martin Antoni, Rolf Hammer. Stuttgart PP: Heike Körber, Christian Schwager.

Kriminaloberkommissar

Freiburg PD: Kyllikki Bergmann.

Polizeikommissar

Bepo-Göppingen: Jürgen Kuhn.

Polizeihauptmeister mit Zulage

Stuttgart PP: Stefan Heid.

Polizeihauptmeister/-in

Böblingen PD: Petra Kienzle, Carola Bechtle. Stuttgart PP: Marco Pfeffer, Dennis Gaff, Nicole Heidi Kaupp, Markus Elmer, Steffen Mack.

Polizeiobermeister

Böblingen PD: Izidora Semialjac. Esslingen: Martina Stephanie Meitner. Stuttgart PP: Bianca Flinspach.

Es traten in den Ruhestand:

Esslingen: Klaus Altenburger. Ostalbkreis: Winfried Beißwenger, Franz Schaupp. Pforzheim: Edmund Jung. Sigmaringen: Gebhard Riegger. Villingen-Schwenningen: Helfried Schröder.

(zusammengestellt v. A. Burckhardt)

POLIZEISTRUKTURREFORM

Fortsetzung von Seite 3

wie Alarmierungen, Verständigungen, Koordination und nicht zuletzt Vertretung des RL bei repräsentativen Tätigkeiten muss eine Lösung gefunden werden, die nicht zu Lasten der operativen Einheiten gehen darf.

Hier ist u. a. an qualifiziertes Tarifpersonal zu denken.

Polizeihundestaffel

Polizeihundestaffeln sind zukünftig zentral in funktionsfähiger Stärke als Unterstützung für die operativen Einheiten vorzuhalten. Bis dahin ist eine dislozierte Unterbringung an den bisherigen Standorten denkbar.

Einsatzeinheiten

Der Einsatzwert von Einsatzeinheiten vor Ort ist unverkennbar und hat sich bewährt. Als Einsatzreserve vor Ort, z. B. in Zugstärke, können sie kleinere Einsät-

reaktionen, also auch die Gliederung in acht Kriminalinspektionen.

Der für uns im Eckpunktepapier beispielhaft dargelegte Aufgabenzuschnitt der Inspektionen muss jedoch flexibel gestaltbar sein. Beispielhaft sei hier die die VP-Führung genannt, die nach unserer Erfahrung organisatorisch besser bei der KI4 (Org. Kriminalität, BtM-Kriminalität) als bei der KI7 angesiedelt wäre.

Im Einzelnen werden folgende Forderungen erhoben

- Die endgültige detaillierte Gliederung muss sich an den geografischen Gegebenheiten und den örtlichen Schwerpunkten orientieren.
- Nicht alle Ermittlungsbereiche eignen sich für eine Zentralisierung. Bis zur endgültigen Klärung der Unterbringung muss eine dislozierte Organisation und Aufgabenstellung, bei den bisherigen Kripostandorten, möglich sein.
- Die Kriminalpolizeiliche Präsenz in der Fläche muss erhalten werden. Auf Kriminalitätsschwerpunkte muss regional reagiert werden können.



Beginnt nun das Tauziehen um die Polizeibeschäftigten?

ze abdecken und die Dienststellen bei der täglichen Arbeit, z. B. Konzeptionseinsätze, Fahndungen, Ermittlungsgruppen etc. unterstützen. Die Aufstellung darf nicht zur Schwächung der Streifen- oder Ermittlungsdienste führen, sondern wäre u. a. als „sozialverträgliches Auffangbecken“ für Angehörige der Einsatzabteilungen der Bereitschaftspolizeien denkbar. Je weiter die zukünftigen Einsatzeinheiten entfernt sind, desto eher böte sich eine derartige Lösung an.

Kriminalpolizeidirektionen

Die Gewerkschaft der Polizei unterstützt grundsätzlich den einheitlichen Organisationsaufbau der Kriminalpolizeidi-

- Der Aufgabenzuschnitt innerhalb der Kriminaldirektionen und Inspektionen muss flexibel aber personal- und sachorientierter bei grundsätzlicher Beibehaltung der vorgeschlagenen Struktur (acht Inspektionen) erfolgen.
- Die Personalstärken der künftigen Inspektionen, Kommissariate und Kriminaldauerdienste müssen lokal und bedarfsorientiert festgestellt werden.
- Die Notwendigkeit einer weiteren Dazernierung wird zwar grundsätzlich nicht gesehen, sollte aber im Einzelfall möglich sein. Zur Koordination der Ermittlungsarbeit sehen wir die Notwendigkeit der Einrichtung von „Fachbereichsleitern“ im g. D. (ohne eigene Personalhoheit).



POLIZEISTRUKTUREREFORM

- Es darf keine „Zweiklassenkripo“ geben. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Arbeit in den künftigen Kriminalkommissariaten dürfen nicht abqualifiziert werden. Die Äußerungen im Eckpunktepapier im Hinblick auf die zukünftigen Tätigkeitsfelder (nur Bearbeitung einfach gelagerter Sachverhalte usw.) lehnen wir ab. Vielmehr muss sich der Aufgabenzuschnitt an der landesweiten Zuständigkeitsregelung, der für die gesamte Kriminalpolizei gilt, orientieren.
- Die Arbeit bei der Kriminalpolizei muss attraktiv bleiben bzw. wieder attraktiv werden. Schon jetzt fällt es schwer, geeigneten Nachwuchs für die Kriminalpolizei zu gewinnen. Wir fordern daher die seit der ReOrg festgeschriebenen „Sachbearbeiterkarriere“ mit Perspektive A 13 für die ganze Polizei aber auch oder insbesondere für die KriPO umzusetzen. Hierzu verweisen wir auf unsere Forderung nach einer Stellenbeschreibung und -bewertung.
- Zur Attraktivität der Kriminalpolizei gehört auch eine professionell strukturierte Ausbildung und Nachwuchsgewinnung und der Aufbau einer nachhaltigen Personalstruktur.
- Die geplante Einführung des landesweiten Kriminaldauerdienstes wird grundsätzlich begrüßt. Sie kann sich auf Personalgewinnung und praktische Ausbildung durchaus positiv auswirken. Zur wirksamen und nachhaltigen Umsetzung erwarten wir
 - eine solide Bedarfsberechnung
 - ein ausgewogenes flexibles Personalprogramm
 - eine angemessene Sachmittelausstattung
 - eine an den europäischen Arbeitszeit- und Arbeitsschutzrichtlinien ausgerichtete sozialverträgliche Ausgestaltung und Umsetzung.

Verkehrspolizeidirektion

Für die Leitung, Führungsgruppe und zentrale Aufgaben gelten hier dieselben

Vorgaben/Ansprüche wie bereits unter Direktionen aufgeführt.

Die Bereiche Verkehrsüberwachung und die Verkehrsunfallaufnahmegruppen sind zukünftig technisch und personell so auszustatten, dass eine effektive Unterstützung der Polizeireviere möglich ist. Bezüglich der Interventionszeiten gelten die bereits genannten Forderungen. Bis dahin ist eine dislozierte Unterbringung denkbar.

Autobahnpolizeireviere und BAB-Fahndung



Die Autobahnpolizeireviere und die BAB-Fahndung unterliegen einem ganz speziellen Anforderungsprofil und Aufgabenfeld. Eine zukünftig dislozierte Einbindung in die Flächenpolizeipräsidien dürfte diesen Anforderungen nicht genügen. Vielmehr bedingen insbesondere die länderübergreifenden zukünftigen Herausforderungen des internationalen Straßenverkehrs einer zentralen Einrichtung.

Als eigenständige Direktion im Polizeipräsidium Einsatz, ähnlich der Wasserschutzpolizeidirektion, ist die Autobahnpolizei leichter und zielführender auf zukünftige Herausforderungen auszurichten. Ähnlich wie die Straftäter halten sich auch die Probleme des Straßenverkehrs, insbesondere des internationalen Schwerlastverkehrs, nicht an Kreis- oder Stadtgrenzen.

Bereits jetzt ist abzusehen, dass sowohl die Bedeutung als auch die Belastung Baden-Württembergs als europäischer Verkehrsschnittpunkt noch deutlich zunehmen werden. Dafür gilt es gewappnet zu sein.

Die Einrichtung von Verkehrspolizeidirektionen dürfte aufgrund ihrer herausragenden Bedeutung und ihrer spezifischen Aufgaben auch ohne Autobahnpolizeireviere zukünftig unverzichtbar sein.

GdP-GESCHÄFTSSTELLE

Verabschiedung von Judith Klotzbach

Anlässlich der GdP-Landesvorstandssitzung am 2. Mai verabschiedete der GdP-Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner die Rechtsassessorin Judith Klotzbach, die während des Erziehungsurlaubs von Sandra Damm die Rechtschutzabteilung der GdP-Geschäftsstelle geführt hatte. So manches was Judith Klotzbach in dieser Vertretungszeit gemacht hat und auch nicht in ihrem eigentlichen Aufgabengebiet lag, konnte sie sich vor ihrer Zeit bei der GdP nicht vorstellen. Sie bedankte sich für die gute Zusammenarbeit mit der GdP-Geschäftsstelle und den GdP-Gremien, aber auch mit allen Kolleginnen und Kollegen, mit denen sie zu tun hatte. Ihr habe die Arbeit bei der GdP Spaß gemacht. Judith, auch wir bedanken uns bei dir für deine hervorragende Arbeit und wünschen dir für die Zukunft alles Gute. **WKi**



Anzeige

Werden Sie Mitglied beim

»Deutschen Roten Kreuz«

Durch eine Teilnahme an einem »Erste Hilfe Kurs« können Sie gerade bei Autounfällen durch schnelle Hilfe vor Ort Menschenleben retten!

Spenden Sie Blut - um anderen zu helfen - damit Ihnen auch geholfen werden kann! Gerade diese Blutspenden haben schon vielen verunglückten Autofahrern geholfen.

Dieser Eindruck wurde ermöglicht durch

Labor Dr. Gärtner

Elisabethenstraße 11, 88212 Ravensburg, Tel. 0751 / 502-0



Leitbild bürgernahe Polizei

Unter diesem Motto hatte im März im Landtag von Baden-Württemberg eine Veranstaltung von Bündnis 90/Die Grünen stattgefunden. (Wir berichteten schon kurz über das Streitgespräch zur Kennzeichnung von PolizeibeamtInnen in der Ausgabe Mai im Bundesteil der Deutschen Polizei unter der Rubrik „Kurz berichtet“)

Referenten zu diesem Thema waren unter anderen der Innenminister von Baden-Württemberg, Reinhold Gall, der Stuttgarter Polizeipräsident Thomas Züfle, der Vorsitzendes der LAG der Grünen, Tobias Heiler, und Rüdiger Seidenspinner, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei.

Sehr geehrter Herr Innenminister, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Im Vorfeld dieser Veranstaltung der Landtagsfraktion der Grünen habe ich mal nachgeschaut, wer alles ein Leitbild für eine bürgernahe Polizei haben möchte, dafür eintritt oder eines fordert. Es ist hochinteressant.

Was ist eigentlich ein Leitbild. Die Unternehmensberatung hat hier eine gute Formulierung parat:

„Ein Leitbild ist eine schriftliche Erklärung einer Organisation über ihr Selbstverständnis und ihre Grundprinzipien. Es formuliert einen Zielzustand.

Nach innen soll es ein Leitbild Orientierung geben und somit handlungsleitend und motivierend für die Organisation als Ganzes und die einzelnen Beschäftigten wirken.

Nach außen soll es deutlich machen, für was eine Organisation steht. Es ist Basis für die **Corporate Identity** einer Organisation. Ein Leitbild beschreibt die Mission und Vision einer Organisation sowie die angestrebte **Organisationskultur**“. Zitat Ende.

Weiter stellen viele Unternehmensberater fest, dass die Einführung eines Leitbilds keine greifbare positive Wirkung gehabt hätte. Das läge, so die Unternehmensberater, weder am Mangel guten Willens noch an groben handwerklichen Fehlern. Sondern es liegt einfach daran, dass auch die sorgfältigste Beschreibung, wie man die Welt gerne hätte, nicht bewirkt, dass die Welt so wird.

Was ist aber eine bürgernahe Polizei oder besser andersherum gefragt, wie nah möchte der Bürger die Polizei eigentlich haben.



Rüdiger Seidenspinner und Innenminister Reinhold Gall

Aus dem jeweiligen Blickwinkel wird diese Frage oft ganz unterschiedlich beantwortet.

Das täglich polizeiliche „Geschäft“ der Polizei besteht darin, für den Bürger da zu sein und zwar so schnell wie möglich, wenn es denn sein muss!

Dazu gehören u. a. Unfallaufnahmen, Aufnahme von Einbrüchen, Ladendiebstählen, Sachbeschädigungen und Streitigkeiten usw. Das sind alles Tätigkeiten, bei deren Eintritt der Bürger die Polizei sehr nahe und auch sehr schnell nah haben möchte – was auch verständlich ist.

Es gibt dann wieder Dinge im Leben, da will man uns nicht so nahe haben, z. B. als Autofahrer bei Verkehrskontrollen, wenn die Polizei maßregelnd ahndend auftritt.

Wer sich mal die Entwicklung der Polizei anschaut und dies nicht nur über ein paar Jahre, der kann erkennen, dass sich die Polizei total geändert hat. Besonders auffällig wird dies, wenn man bis zu den Anfängern nach dem 2. Weltkrieg zurückschaut. In einem sehr interessanten Werk „Meine Zeitreise“ nimmt uns Reinhold Mikuteit – der erste Inspekteur der Polizei – ein Stück mit auf diesem Weg. Dabei wird sehr schnell deutlich, dass sich die Polizei mehr als einmal gedreht hat.

Wenn man sich meine Ausbildung in der Vergangenheit anschaut und mit der heutigen Ausbildung vergleicht, stellt man fest: da hat sich was getan, woran viele Kräfte, u. a. auch die GdP, und nicht zu vergessen, der Zeitgeist – was auch immer man darunter versteht – ihren Anteil

haben. Es ist uns nicht alles in den Schoß gefallen, aber der Weg vom militärischen über das Zivilere hin zu einer bürgerorientierten Polizei, war lang aber richtig.

Ob wir schon da angekommen sind, wo wir hinwollen, ist offen.

Vor allem aber stellt sich die spannende Frage, wer definiert eigentlich wohin wir als Polizei wollen oder sollen?

Die Polizeibeschäftigten, die Parlamentarier, „die“ im Innenministerium oder gar die Bürgerinnen und Bürger?

Dies ist nicht nur eine spannende Frage, sondern auch die jeweiligen Antworten könnten hochinteressant sein.

Ich behaupte – ohne die zurückliegende Arbeit der Polizei, die in einer anderen Zeit stattfand, zu schmälern – so bürgernah wie heute war die Polizei noch nie, auch wenn hier und da Fehler gemacht wurden.

Die Polizei hat versucht, die Angsträume der Bürgerinnen und Bürgern zu erfahren und sich an den Ergebnissen zu orientieren. Da hat es dann nicht am Wollen der Polizei gefehlt, sondern in vielen Fällen am Machbaren, weil die Politik sich nicht so sehr am Bürgerwillen orientiert hat, sondern mehr an den Finanzen. Die Bürger wollten den Polizeiposten in ihrem Ort erhalten, die Polizistinnen und Polizisten wollten dies auch, aber trotzdem wurden 2005/2006 insgesamt 212 Polizeiposten geschlossen. Das waren fast 40% der 578 Polizeiposten und hat ebenso wenig mit Bürgernähe zu tun, wie ein steigender Aufgabenzuwachs gekoppelt mit Stellenstreichungen. Da waren natürlich auch Posten dabei, die



FACHVORTRAG IM LANDTAG BADEN-WÜRTTEMBERG

aus einem oder zwei Mann bestanden, aber es fehlte und fehlt das Personal um sie aufzustocken.

Stellenabbau, gepaart mit Personalverlust auf Grund des Alters und Bürger-nähe passen nicht zusammen und sind ein Widerspruch in sich. Alles andere sind Märchen. Warum gab es denn bei der Polizei ein Talsohlenprogramm?

Zugegeben, es fehlt der Schutzmann an der Ecke, doch ist das wirklich das, was die Bürgerinnen und Bürger wollen?

Sollten wir aber nicht auch mal versuchen als Gesellschaft den umgekehrten, aber nicht unwichtigen Weg zu gehen? Nämlich in einer polizeifreundlicheren Gesellschaft:

Wir reden über den Weg zu einer bürgernahen Polizei, aber vergessen, dass die Medaille zwei Seiten hat.

Der Respekt, die Achtung Polizistinnen und Polizisten gegenüber, ist in den letzten Jahren ganz schön gesunken.

Verbale wie körperliche Gewalt sind leider schon normal und gerade junge Kolleginnen und Kollegen müssen sich hier innerhalb einer kurzen Zeit ein dickes Fell zulegen, sonst haben sie ernsthafte Probleme.

Wenn wir uns über Bürgernähe der Polizei Gedanken machen, müssen wir auch in die andere Richtung denken, denn bürgernahe Polizistinnen und Polizisten sind keine Blitzableiter für allen Ärger, den manche Mitbürger mit wem auch immer haben.

Wer schützt eigentlich Polizistinnen und Polizisten? Wäre hier nicht der Arbeitgeber mehr in der Pflicht?

Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes erwarten zu Recht, dass, wenn sie die Polizei benötigen, diese auch in einer angemessenen Zeit bei ihnen ist.

Sie erwarten, dass die Polizei in der Lage ist, dafür zu sorgen, dass das alles was ihnen wichtig ist auch unverehrt bleibt.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten aber auch, dass die Polizistinnen und Polizisten geschützt werden und heißen solche Anfeindungen und Angriffe in keiner Weise für gut.

Welche Gefahr besteht, wenn in bestimmten Situationen der Begriff „bürgernahe Polizei“ überstrapaziert wird, erkennt man, wenn man sich Diskussionen in der jüngeren Vergangenheit anschaut: Sehr schnell wird der Begriff der „bürgernahen Polizei“ in „Bürgerpolizei“ gedreht. Das ist in vielen Artikeln so geschehen, die sich u. a. mit den Vorfällen auf bzw. in Bahnhöfen zugetragen haben.

Man könnte zwar – wenn man wollte – erkennen, warum dies so geschehen ist und die nach unserer Meinung erforderli-

chen und nötigen Schritte einleiten, aber nein, solche Diskussionen gehen und gingen trotzdem oft in eine ganz andere Richtung, nämlich dem Sparen und dem Haushaltssanieren.

Hier muss man sehr vorsichtig sein und auch wir in Baden-Württemberg waren auf einem, aus unserer Sicht, völlig falschen Weg in diese Richtung.

„Der Freiwillige Polizeidienst ist Bindeglied zwischen Staat und Bürger.“ Dieser Satz klingt für viele Polizistinnen und Polizisten wie Hohn, denn sie sind zwar die sichtbaren Vertreter des Staates, aber sie sind keine Bürger?

Kann es eine bürgernahe Polizei geben, wenn den Polizistinnen und Polizisten ein Bindeglied zur Seite gestellt werden muss?

Alleine dieser Satz und solche Aussagen zeigen deutlich, dass die Politik vor Jahren gar nicht so sehr von einer bürgernahen Polizei ausgegangen ist, sie u. U. gar nicht so gewollt hat bzw. sich nicht vorstellen konnte, dass sich die Polizei hierzu entwickelt hat.

Es gab in unserem Land eine Diskussion bei der Bundeswehr über den Bürger in Uniform und zwar zu einer Zeit, als sich auch das Bild der Polizei geändert hat. Dies wird gerne vergessen bzw. übersehen.

Dass die Polizei nun mal nicht immer lächelnd auf einen Bürger zugehen kann, liegt in der Natur der Sache. Es ist halt leider so, dass das Zusammenleben vieler Menschen ohne Spielregeln nicht funktioniert und es dann Menschen braucht, die auf die Einhaltung dieser Spielregeln achten.

Dies ist dann nicht immer im Interesse aller Beteiligten angenehm. Hier prallt die gemalte Welt auf die wirkliche Welt.

Wenn in Baden-Württemberg über bürgernahe Polizei geredet wird, kommt man seit dem 30. September 2010 auch sehr schnell auf die Ereignisse im Schlosspark. Was damals passiert und falschgelaufen ist schönzureden, wäre völlig abwegig.

Dennoch ist eine Konzentration auf dieses Datum im Zusammenhang mit einem umfassenden Polizeibild viel zu kurzgesprungen und verdächtig einseitig!

Warum reden dann die gleichen Leute nicht von einem Nato-Gipfel oder dem Papsteinsatz?

Oder warum reden sie nicht über das, was Samstag für Samstag meinen Kolleginnen und Kollegen entgegenschlägt, nämlich Hass, und dies bei der angeblich schönsten Sache der Welt, nämlich beim Fußball. Eine bürgernahe Polizei muss ein Teil der Gesellschaft und kein Staat

im Staate sein, sie muss anerkannt und respektiert werden und nicht gefürchtet!

In diesem Zusammenhang fällt mir die Studie über die beliebtesten Berufe ein: Wir Polizistinnen und Polizisten kommen nach der Feuerwehr und den Ärzten mit 86% auf Platz drei und ja ich komme zu dem Politiker, aber vorher gehe ich zu den Gewerkschaftern, die bei 59% liegen und jetzt zu den 14% der Politiker.

Es kann festgehalten werden, dass die gesamte Ausbildung der Polizei und es gab noch nie eine bessere – was nicht bedeutet, dass wir hier und da nicht noch besser werden können – eine Polizei bildet im Sinne von Bildung, die manchmal mehr auf den Bürger schaut als auf die eigenen Beschäftigten, die wiederum auch Bürger sind.

Wer aber meint, mit unschönen Einsätzen – da gibt es nicht nur den 30. September 2010, sondern auch solche wie den 1. Mai in Berlin, im Hamburger Schanzenviertel oder viele Fußballereinsätze um nur mal die gängigsten zu nennen – und einer Diskussion über Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten, eine bürgferne Polizei begründen bzw. herbeireden zu müssen, macht einen gewaltigen Fehler.

Warum fragt man uns nicht einfach? Warum überlässt man die Entscheidung nicht jedem Einzelnen? Gibt es kein Recht auf informelle Selbstbestimmung für Polizeibeamte? Was ist mit unseren Bürgerrechten?

Die Polizei ist – ob wir wollen oder nicht – ein Spiegelbild unserer Gesellschaft und das ist gut so. Es gibt vieles, was verbesserungsfähig ist, daran arbeitet die Polizei, aber man muss sie seitens der Politik auch lassen.

Die Polizei in Baden-Württemberg – und darauf bin ich stolz – ist mit allen Ecken und Kanten eine bürgernahe Polizei.

Rüdiger Seidenspinner
Landesvorsitzender



ab € 529,- p.P.
RAPIDO Preis
 zzgl. Saisonzuschlag*

MSC



WINTERSONNE IM MITTELMEER!

MSC DIVINA

ab/bis Genua

Termine vom 14.11.12 bis 04.03.13*

12 Tage - 11 Nächte

Spanien - Marokko - Kanaren - Madeira - Italien

Busan-/abreise nach/von Genua ab € 155,- p.P.
Flugan-/abreise nach/von Genua ab € 299,- p.P.



KINDER REISEN FREI!

Bei Unterbringung mit zwei Erwachsenen in einer Kabine reisen bis zu 2 Kinder bis 17 Jahren an vielen Terminen frei.



PSW-Reisen GbR
Thomas Cook Reisebüro
 Telefonische Buchungen
 Baden-Württemberg: 0711/5788186
 oder 07042/879225
 Rheinland-Pfalz: 06131/9600923
 Saarland: 0681/84124-0



MSC
 KREUZFAHRTEN

*RAPIDO Preis: vorbehaltlich Verfügbarkeit, begrenzte Kabinenzahl, zzgl. Service Entgelt: Am Ende der Kreuzfahrt fällt zusätzlich ein Service Entgelt in Höhe von € 6,- pro Erw. und beanstandungsfrei an Bord verbrachter Nacht an. Ausführliche Informationen zum Service Entgelt finden Sie im aktuellen MSC Kreuzfahrten Katalog. *Termine teilw. mit Saisonzuschlag.

21,5 %*



www.psw-neufahrzeuge.de

* für GdP-Mitglieder

